

Pro & Contra

Mercosur-Abkommen in der Kritik



Foto: Gilles Kayser

Carlo Thelen
Generaldirektor der Handelskammer

Die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens stellt einen wichtigen Schritt für die Zukunft unserer Wirtschaft dar. Dieses Abkommen bietet wirtschaftliche Vorteile und sorgt für strategische Sicherheit in einer globalisierten und wettbewerbsintensiven Welt.

Die Mercosur-Staaten, insbesondere Argentinien und Brasilien, sind zentrale Partner für strategische Rohstoffe wie Lithium, Kobalt und Eisenerz. Diese Metalle sind essenziell für Schlüsselindustrien der Energiewende, wie die Produktion von Batterien, Solarpanels und Chips. Argentinien gehört zu den weltweit größten Lithiumproduzenten, was die Bedeutung des Abkommens hervorhebt. Die EU positioniert sich damit besser gegenüber der wachsenden Konkurrenz aus China.

Das Entfallen von Importzöllen bringt für europäische Unternehmen erhebliche Vorteile: geringere Produktionskosten, höhere Wettbewerbsfähigkeit und eine bessere Position im internationalen Markt. Zwar bleiben auf einige brasilianische Produkte Zölle bestehen, doch diese fallen für EU-Partner niedriger aus als für Nicht-EU-Länder. Zudem erhält die EU bevorzugten Zugang zu Rohstoffen und „grünen Produkten“, die für nachhaltige Lösungen und das Erreichen der Klimaziele unverzichtbar sind. Dies trägt auch dazu bei, die Abhängigkeit von China zu reduzieren.

Ein weiterer Vorteil des Abkommens liegt in verbesserten Investitionsbedingungen. Europäische Unternehmen können in den Mercosur-Staaten langfristig investieren und neue Partnerschaften gründen. Besonders hervorgehoben

wird der Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen: EU-Firmen müssen künftig gleichwertig wie inländische Anbieter behandelt werden. Dies schafft ein „Level Playing Field“, also fairen Wettbewerb mit internationalen technischen Standards. Die Handelskammer hat sich bereits vor Jahren, in einer ihrer „Actualité & Tendances“ Publikationen, für die Gleichstellung europäischer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen eingesetzt, da die EU auch internationalen Firmen Zugang zu ihren öffentlichen Märkten ermöglicht.

Neben dem Import wird auch der Export erleichtert. Derzeit werden beispielsweise Autos mit 35 Prozent und Maschinen mit 20 Prozent besteuert. **Durch das Entfallen dieser Zölle können europäische Unternehmen bis zu 4 Milliarden Euro jährlich einsparen. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und schafft neue wirtschaftliche Impulse.**

Als Beispiel, sind die EU-Exporte nach Japan, einem Jahr nach der Umsetzung des EU-Japan-Abkommens, um 6,6 Prozent gestiegen. Der Zugang zum sechstgrößten Wirtschaftsraum der Welt mit einem BIP von 2,2 Billionen Euro und 273 Millionen Einwohnern bietet enorme Chancen für die europäische Wirtschaft. In Zeiten wachsender protektionistischer Tendenzen, wie sie etwa unter der zukünftigen Trump-Administration wieder auftreten könnten, bietet das Mercosur-Abkommen eine verlässliche Grundlage für Handel und Wachstum.

Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur, einem Wirtschaftsblock bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, ist ein kontrovers diskutiertes Thema. Wirtschaftliche Vorteile stehen möglichen negativen Auswirkungen auf Umweltstandards und der lokalen Landwirtschaft gegenüber.

Redaktion: jek

Während in Ländern wie Frankreich die Bauern auf die Straße gehen, um ihren Unmut zum Freihandelsabkommen mit dem Mercosur-Staaten zum Ausdruck zu bringen, setzen die luxemburgischen Bauern auf Dialoge mit der Regierung. Denn wir pflegen eine etwas andere Streitkultur mit den politischen Verantwortungsträgern und sind nicht per se gegen transatlantische Freihandelsabkommen mit Zollreduktionen. Dies wurde in Gesprächen mit Premier Luc Frieden klargestellt.

Doch Handel braucht Regeln, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Und zudem haben die Bauern innerhalb der EU höhere Produktionsstandards.

„Feedlots“, also Mastanlagen für Rinder, in denen viel Vieh auf engen Räumen gemästet wird, sind hierzulande überhaupt nicht genehmigungswürdig. In der EU gelten andere Umwelt- und Klimavorgaben, bei denen die Bemühungen im Strategie-Dialog der EU-Kommission eher auf eine Reduktion um die 20 Prozent des Viehbestandes gerichtet werden.

2023 wurden 264.430 Tonnen Rind- und Geflügelfleisch laut Eurostat in die EU importiert, gegenüber 770.000 Tonnen im Jahr 2006. Eine Einfuhrquote beim Rindfleisch von 99.000 Tonnen zu geringem Zollsatz von 7,5 Prozent darf nicht überschritten werden. Zugleich gewährt die EU eine zollfreie Einfuhrquote beim Geflügelfleisch von 180.000 Tonnen pro Jahr. Laut

dem rezenten Bericht des Thünen-Institut für Marktanalyse könne man festhalten, dass das Mercosur-Handelsabkommen nicht zu einer Überschwemmung der Agrar- und Ernährungsmärkte in der EU führen wird. Doch inwieweit man die im Abkommen vorgesehenen Schutzklauseln bei Importen von Agrargütern überhaupt kontrollieren kann (Hormon- und Antibiotikaeinsatz), ist eher fragwürdig. In einer veröffentlichten Korruptionsskala, bei der 180 Staaten aufgelistet sind, liegt Luxemburg auf guter neunter Stelle, doch Argentinien im Ranking auf Platz 98, Brasilien auf 104 und Paraguay auf Platz 136.

Die luxemburgische Landwirtschaft hat bereits seit dem BSE-Skandal in den 1990er-Jahren konsequent auf Qualitätsprogramme gesetzt und ist darauf ausgerichtet, landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen, die den hohen Standards in Sachen Umweltschutz, Tierwohl und Rückverfolgbarkeit gerecht werden, um die Bevölkerung mit Qualitätsnahrungsmitteln regionaler Herkunft zu versorgen. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind, wie alle wirtschaftlichen Akteure, den Zwängen der Wirtschaft unterworfen.

Freihandelsabkommen dürfen aber nicht einseitig „um Bockel von de Baueren“ ausgetragen werden. Gemäß des Pariser Klimaschutzabkommens darf kein wertvoller Regenwald zerstört werden, um den Export von Fleisch- und Futtermitteln aus Lateinamerika in die EU zu fördern, um im Gegenzug mehr Chemikalien und Autos mit Verbrennungsmotoren in die Mercosur-Länder zu exportieren. Wir brauchen Handelsbeziehungen, die auf Solidarität, Demokratie, Transparenz, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit basieren!



Foto: Chris Karaba

Marco Koeune
Präsident der Bauern-Allianz